Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7338**
14. Wahlperiode 07. 11. 2001

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Birgit Homburger, Ulrike Flach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/3518 –

Bildungsschecks für mehr Qualität und Wettbewerb an Hochschulen in Deutschland

A. Problem

Die Einführung von Bildungsschecks soll die Finanzierung der Lehre an den Hochschulen reformieren und den Wettbewerb zwischen den Hochschulen stärken.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/3518 – abzulehnen.

Berlin, den 17. Oktober 2001

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach Vorsitzende	**Dr. Peter Eckardt** Berichterstatter	**Thomas Rachel** Berichterstatter	**Dr. Reinhard Loske** Berichterstatter
	Cornelia Pieper Berichterstatterin	**Maritta Böttcher** Berichterstatterin	

Bericht der Abgeordneten Dr. Peter Eckardt, Thomas Rachel, Dr. Reinhard Loske, Cornelia Pieper und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 179. Sitzung am 28. Juni 2001 den Antrag – Drucksache 14/3518 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und an den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Einführung von Bildungsschecks soll die Finanzierung der Lehre an den Hochschulen reformieren und den Wettbewerb zwischen den Hochschulen stärken.

Jeder Hochschulzugangsberechtigte erhält mit dem Abitur von seinem Bundesland einen Bildungsscheck, den er an den Hochschulen seiner Wahl für eine Hochschulausbildung eintauschen kann. Der Bildungsscheck ist ein Wertpapier, mit dem sich die Bundesländer gegenüber den Hochschulen verbürgen, die durchschnittlichen Kosten eines Hochschulstudiums zu zahlen. Damit wird die staatliche Finanzierung der Lehre an den Hochschulen an ein wettbewerblich definiertes Qualitätskriterium gebunden. Diese Form der Finanzierung soll den Hochschulen eine leistungsgerechte Vergütung sichern und den Ausbau von Hochschulstandorten ermöglichen, die von den Studierenden bevorzugt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner Sitzung am 25. September 2001 dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner Sitzung am 10. Oktober 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und des Vertreters der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2001 den Antrag beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dem federführenden Ausschuss empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU/CSU und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat am 17. Oktober 2001 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag in seiner Sitzung am 17. Oktober 2001 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU verabschiedet.

Von Seiten der Fraktion der SPD wird bezweifelt, ob in einem solchen Finanzierungssystem auch kleine Fächer weiter bestehen könnten. Im Übrigen hätten die Hochschulen zurzeit genügend Neuerungen einzuführen und zu erproben, so dass die Idee des Bildungsschecks zunächst zurückgestellt werden sollte. Ein Modellversuch mit nur zwei bis drei Hochschulen sei nicht vorstellbar.

Von Seiten der Fraktion der CDU/CSU wird an den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Hochschulreform in der letzten Legislaturperiode erinnert. Ziel dieses Beschlusses sei es gewesen, einen Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu initiieren. Die Einführung des Bildungsschecks biete hierfür eine gute Möglichkeit. Damit würde das Interesse der Hochschulen an den Studierenden und einer Verbesserung der Lehre gefördert. Nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU sei es allerdings eine Illusion zu glauben, die Einführung von Bildungsschecks würde keinen Einfluss auf die Grundfinanzierung der Hochschulen haben. Ein Modellversuch, der sich nur auf wenige Hochschulen in Deutschland begrenze, sei nach Auffassung der Fraktion der CDU/CSU nicht realisierbar.

Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird der Vorschlag, Bildungsschecks einzuführen, als ein interessanter Ansatz zur Finanzierung und weiteren Reform des Hochschulwesens bezeichnet. Zunächst müssten aber sorgfältig die Konsequenzen eines solchen Konzepts bedacht werden. Die Diskussion zu den Bildungsschecks werde vermutlich erst in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt werden können.

Von Seiten der Fraktion der FDP wird erklärt, dass das vorgeschlagene Bildungsscheck-Konzept eine Weiterentwicklung des Vorschlages der Kultusministerkonferenz für die Einführung von Studienkonten vom Mai vergangenen Jahres sei. Die Bildungsschecks sollen eine Ergänzung zur Grundfinanzierung für Forschung und Lehre an den Hochschulen durch die Bundesländer darstellen. Sie sollen vor allem bedarfsgerecht den Aufwand der Hochschulen für die Lehre abdecken. Die Hochschulen sollten mit ihrem spezifi-

schen Lehrangebot im Wettbewerb auf einem freien Bildungsmarkt auftreten. Dort, wo die meisten Studierenden hingingen, würde auch das meiste Geld für die Lehre hinfließen. Es wird vorgeschlagen, das Bildungsscheckmodell an zwei oder drei Hochschulstandorten in Deutschland auszuprobieren.

Von Seiten der Fraktion der PDS wird befürchtet, dass mit dem Konzept der Bildungsschecks für Langzeitstudierende Studiengebühren eingeführt werden sollen. Durch den Einsatz von Bildungsschecks würde die Bildung nicht mehr als ein Recht der Bürger, sondern zukünftig als eine Ware verstanden werden. Deshalb müsse der Antrag abgelehnt werden.

Von Seiten des Vertreters der Bundesregierung wird die Diskussion um die Einführung von Bildungsschecks und auch der erwähnte Beschluss der Kultusministerkonferenz begrüßt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung werde in Kürze eine Expertenkommission „Finanzierung lebenslanges Lernen“ einberufen, die sich auch mit dem Vorschlag der Bildungsschecks befassen werde. Nach Auffassung der Bundesregierung gebe es keine ursächliche Verknüpfung von Bildungsschecks und Studiengebühren. Der Antrag der Fraktion der FDP komme zu früh und sei nicht konkret genug formuliert.

Berlin, den 17. Oktober 2001

Dr. Peter Eckardt
Berichterstatter

Thomas Rachel
Berichterstatter

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Cornelia Pieper
Berichterstatterin

Maritta Böttcher
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333